

19. Abgeordnete
**Sabine
Bätzing-
Lichtenthäler**
(SPD)
- Wird die vom Koalitionsausschuss (CDU, CSU und FDP) eingesetzte Kommission zur Überprüfung der ermäßigten Umsatzbesteuerung in Deutschland zeitnah eine Empfehlung hinsichtlich der künftigen Besteuerung der Personenbeförderung mit Schiffen aussprechen, und falls nein, wird die Bundesregierung eine Verlängerung oder Entfristung der bis Ende 2011 geltenden ermäßigten Besteuerung nach § 12 Absatz 2 Nummer 10a des Umsatzsteuergesetzes vorschlagen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Hartmut Koschyk vom 19. September 2011

Die Kommission zur Überprüfung der ermäßigten Umsatzsteuersätze soll die verschiedenen Vorschläge zur Reform des ermäßigten Umsatzsteuersatzes umfassend und ergebnisoffen prüfen. Dazu gehört auch die Thematik des Umsatzsteuersatzes für die Personenbeförderung mit Schiffen.

Eine Verlängerung der bis zum 31. Dezember 2011 geltenden Übergangsregelung würde dem Ergebnis der Kommission vorgreifen. Die Bundesregierung wird daher dem Gesetzgeber keinen Vorschlag für eine weitere Verlängerung der Übergangsregelung unterbreiten.

20. Abgeordnete
**Hilde
Mattheis**
(SPD)
- Ausgehend von in der Öffentlichkeit zirkulierenden Schätzungen, dass zwischen 130 bis 180 Mrd. Euro deutsches Schwarzgeld in der Schweiz liegen, was durch eine sachgerechte Besteuerung zu Steuereinnahmen von bis zu 54 Mrd. Euro führen könnte, frage ich die Bundesregierung, ob sie sich für eine sachgerechte Beurteilung der Ausgangslage anlässlich der Verhandlungen des im August 2011 parafierten Steuerabkommens mit der Schweiz die Daten über die Anzahl und Höhe der auf Schweizer Banken lagernden Gelder deutscher Staatsangehöriger in zuverlässiger Form informiert hat und angeben kann, welche Volumina an Vermögen und entsprechenden Kapitalerträgen und -gewinnen in welchem Zeitraum seit dem Jahr 2000 die Ausgangslage für die Nach- und künftige Versteuerung (u. a. auch von Schenkungen und Erbschaften) bilden und mit welcher Höhe deshalb sowohl bei der Nachbesteuerung und in Zukunft zu rechnen ist?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Hartmut Koschyk vom 21. September 2011

Der Bundesregierung liegen Schätzungen aus unterschiedlichen Quellen vor, die in ihrer Höhe erheblich variieren. Belastbare Er-